

SLOWAKEI

Geld an Günstlinge

Die linksnationale Regierung in Bratislava verteilt ihr Geld nach politischem Gutdünken. Auf lokaler Ebene erhalten vor allem jene Gemeinden zusätzliche Finanzhilfen, in denen Bürgermeister der Regierungsparteien in Amt und Würden sind, kritisiert die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International. Aufzeichnungen des Finanzministeriums belegen, dass allein in diesem Jahr in von der Regierungskoalition geführten Gemeinden 590 Projekte finanziert wurden, in den Hochburgen der Opposition dagegen nur 42. Ein klarer Fall von „Günstlingswirtschaft“, kritisiert die slowakische Transparency-Präsidentin, Emilia Sičáková-Beblavá. Vertreter der ungarischen Minderheit klagen, dass vor allem Dörfer und Städte im Süden des Landes benachteiligt



Slota

würden. Dort leben die rund 500 000 slowakischen Ungarn. Besonders Ján Slota, Chef der rechtsradikalen Koalitionspartei SNS, zieht häufig mit heftigen Beschimpfungen gegen sie ins Feld. Die Beziehungen zwischen Bratislava und Budapest gelten ohnehin als angespannt. Steter Zankapfel sind die Beneš-Dekrete, mit denen die Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertreibung von Deutschen und Ungarn juristisch absicherte. Bratislava hat sich bislang nur bei den Karpatendeutschen für die Vertreibungen entschuldigt, nicht aber bei den Zehntausenden Ungarn.

CHIP SOMODEVILLA / GETTY IMAGES



Gefangenenlager „Camp Delta“

USA

Alternativen für Guantanamo?

Fast sechs Jahre ist es her, seit die ersten Gefangenen in orangefarbenen Overalls auf dem US-Militärstützpunkt eintrafen. Bis heute wurde kein Einziger von ihnen vor ein Zivilgericht gestellt, nur einer – der Australier David Hicks – bekannte sich schuldig. Von den ursprünglich 775 Häftlingen sind nur noch weniger als die Hälfte im umstrittenen Gefangenenlager „Camp Delta“: knapp über 300. Am 5. Dezember wird der Oberste Gerichtshof nun in dem entscheidenden „Boumediene gegen Bush“-Fall die mündliche Verhandlung eröffnen und erörtern, ob den Guantanamo-Häftlingen das sogenannte Habeas-Corpus-Recht zusteht. Danach könnten die Gefangenen erstmals eine gerichtliche Prüfung ihrer Haft durchsetzen, die ihnen bisher immer verweigert wurde. Die amerikanischen Menschenrechtsanwälte David Bowker und David Kaye haben eine Übersicht der aktuellen Zahlen aus Guantanamo zusammengestellt – es sei jetzt an der Zeit, „sich dieses System näher anzusehen und schnell nach Alternativen zu suchen“.

NIEDERLANDE

Wachsender Hass

Amsterdam gilt als europäische Hochburg der Homosexuellen. Das aber könnte sich ändern, denn die Anzahl der Übergriffe auf Schwule steigt. 32 solcher Zwischenfälle wurden 2006 registriert, im ersten Halbjahr 2007 waren es bereits 26 Attacken – darunter eine bei der Gay-Pride-Parade im Au-

gust. Dass damals ein britisches Schwulenpaar zusammengeschlagen wurde, hatte weltweit für Aufsehen in der Homo-Gemeinde gesorgt. Nun hat Bürgermeister Job Cohen bei der Universität Amsterdam eine Untersuchung zu den Gründen für den Hass gegen die Schwulen in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Die Hälfte der Straftaten geht auf das Konto marokkanischstämmiger Männer. Sie fühlten sich stigmatisiert und reagierten „sich an Menschen ab,

die in ihren Augen auf der sozialen Leiter noch unter ihnen stehen“, so die Forscher. Eine andere Arbeitshypothese der Sozialpsychologen: Die Täter, im Holländischen auch „Pottenrammers“ (Schwulenschläger) genannt, kämpften noch mit ihrer eigenen sexuellen Identität. Obwohl Amsterdam als besonders tolerante Stadt gilt, gaben in einer aktuellen Umfrage 20 Prozent der Schwulen und Lesben an, schon einmal diskriminiert worden zu sein.



Gay-Parade in Amsterdam

RAINER KIEDROWSKI / PICTURE-ALLIANCE / HB-VERLAG

In Guantanamo waren insgesamt
rund 775 Gefangene inhaftiert,
vor allem aus Afghanistan, Saudi-Arabien, Jemen

aktuelle Zahl der Gefangenen **305**
davon kurz vor einer Entlassung* **70**
als **Top-Häftlinge** eingestuft **15**
Häftlinge, die „feindliche
Aktionen“ gegen die USA **53 %**
unternommen haben sollen
Anwaltsbesuche 2007* **1100**
Selbstmordversuche **41**
ausgegebene Tabletten pro Tag **1000**
Gewichtszunahme
pro Gefangenen im Durchschnitt **9 kg**
jährliche Betriebskosten* **100**
des Lagers **Mio. \$**
Präsidentschaftsbewerber, **8 demo-**
die für eine **Schließung** **kratische**
von Guantanamo plädieren **2 republi-**
kanische
*geschätzt

DER SPIEGEL

USBEKISTAN

Scheinwahl an der Seidenstraße

Der Alleinherrscher der rund 28 Millionen Einwohner zählenden zentralasiatischen Republik, Islam Karimow, 69, will mit Hilfe einer manipulierten Präsidentenwahl seine Macht um weitere sieben Jahre verlängern. Um Wahlfreiheit vorzutäuschen, lässt Karimow zur Abstimmung am 23. Dezember fünf handverlesene Gegenkandidaten aufbieten, vor allem Vertreter der vom Regime gelenkten Marionettenparteien. Zudem kandidiert noch der Direktor des staatlichen „Nationalen Zentrums für Menschenrechte“, über den Oppositionelle spotten, er solle sich vor allem um die Rechte des Präsidenten. Usbekische Bürgerrechtler kritisieren, der Präsident verletze die Verfassung, die nur zwei Amts-



Karimow

zeiten für das Staatsoberhaupt vorsieht – die letzte war ohnehin im Januar abgelaufen, seitdem amtiert Karimow ohne Mandat. Der frühere KP-Führer steht der Ex-Sowjetrepublik seit 1990 vor. Oppositionsgruppen, darunter auch die verbotene islamistische Hisb al-Tahrir, die wachsenden Zulauf verzeichnet, dürfen keine Kandidaten aufstellen. Das nationalistische Regime Karimows, dem Menschenrechtsorganisationen systematische Folter vorwerfen, empfiehlt sich dem Westen als Vorposten gegen den Islamismus und die Taliban im benachbarten Afghanistan. Daher hofft die Regierung in Taschkent auf eine milde Bewertung der geplanten Wahl durch Beobachter aus Europa und den USA. Berlin bemüht sich um gute Beziehungen zu Karimow, vor allem auch deswegen, weil die Bundeswehr im südsibirischen Termez einen Versorgungstützpunkt für ihre in Afghanistan eingesetzten Einheiten unterhält.

PHOTO PRESS SERVICE VIENNA

FRANKREICH

„Blockiertes Land“

Der Sozialist Manuel Valls, 45, Bürgermeister von Evry und Abgeordneter in der Nationalversammlung, über das Dilemma der Linken und die nötige Erneuerung seiner Partei

SPIEGEL: Eisenbahner, Metro-Bedienstete und Beschäftigte der Energieversorger haben im Arbeitskampf um die Rentenreform beigedreht – ein Sieg für Präsident Nicolas Sarkozy?

Valls: Der lange harte Sozialkonflikt, Verhandlungen ohne Ende, ein blockiertes Land und ein Imageschaden im Ausland: Das ist kein Schmuck für eine moderne Nation. Also auch nicht für Sarkozy.

SPIEGEL: Gestreikt haben auch Lehrer, Beamte, Krankenhauspersonal und Studenten. Formiert sich hinter dem Arbeitskampf politischer Widerstand gegen den allzu dynamischen neuen Staatschef?

Valls: Die Franzosen verspüren eine Malaise: Die Wähler haben sich im Mai deutlich für Sarkozy ausgesprochen, aber bei den Parlamentswahlen auch

der Opposition eine gewichtige Rolle zugewiesen. Die Mehrheit ist gegen soziale Privilegien bei den Pensionen. Aus demselben Grund herrscht Unmut über die einseitigen Steuererleichterungen für die Wohlhabenden, die Gehaltserhöhung des Präsidenten oder die Vorrechte der Abgeordneten.



Valls



Metro-Station während des Bahnstreiks in Paris

FAYOLLE / SIPA PRESS (L.); BENOIT TESSIER / REUTERS (R.)